



Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der Digitalen Transformation in der Informationsverwaltung



Univ.-Ass.ⁱⁿ Mag.^a Anna Schöfecker, LL.B.

LIT Law Lab und Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Mag. Hans Werner Streicher, MBA

Amt der Oö. Landesregierung – Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht

**JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ**
Altenberger Straße 69
4040 Linz, Österreich
jku.at

Digitalisierung & Digitale Transformation

Informationsverwaltung

Digitalisierung

- Überführung von Informationen von einer analogen in eine digitale Speicherform

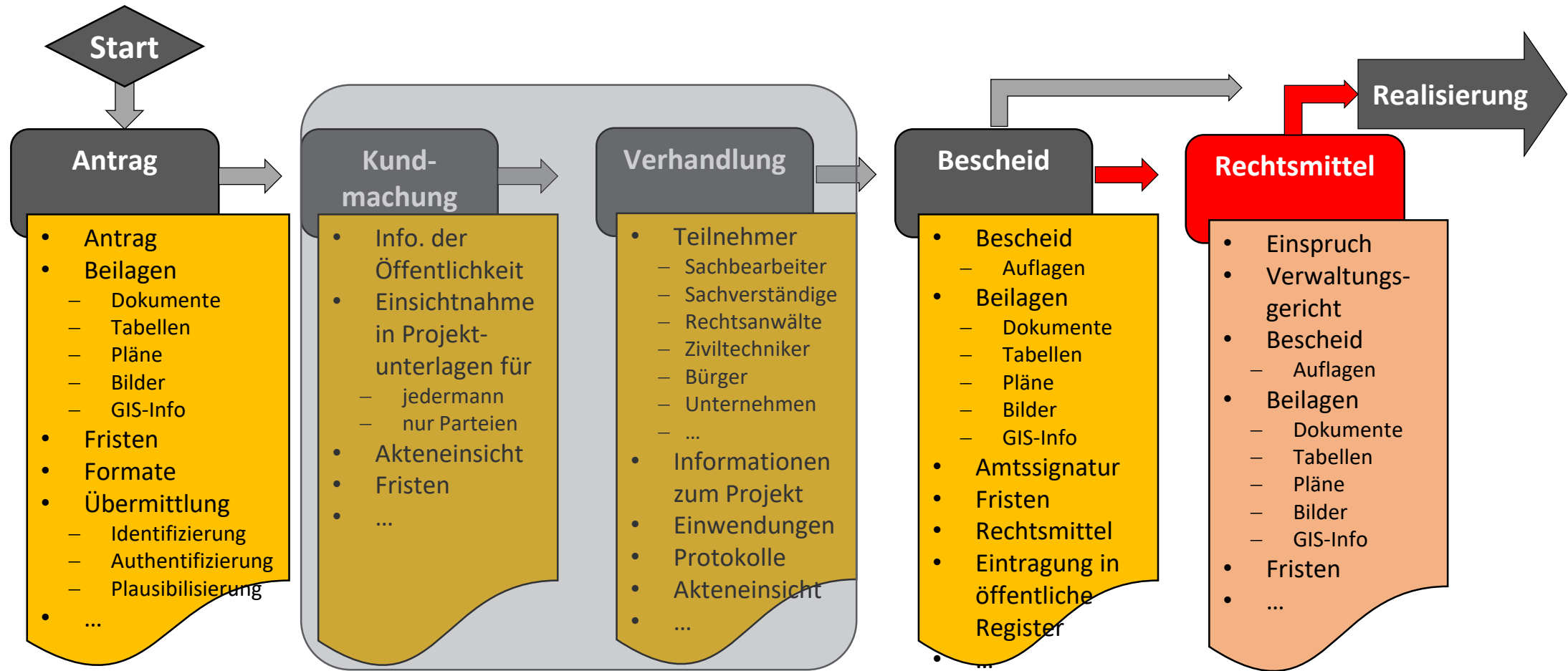
Digitale Transformation

- **erhebliche Veränderungen des Alltagslebens**, der Wirtschaft und der Gesellschaft durch die Verwendung digitaler Technologien

Verwaltungsverfahren

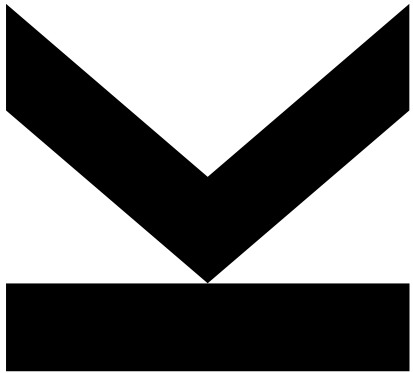
- Paradefall der Informationsverwaltung

Behördenverfahren schematisch...

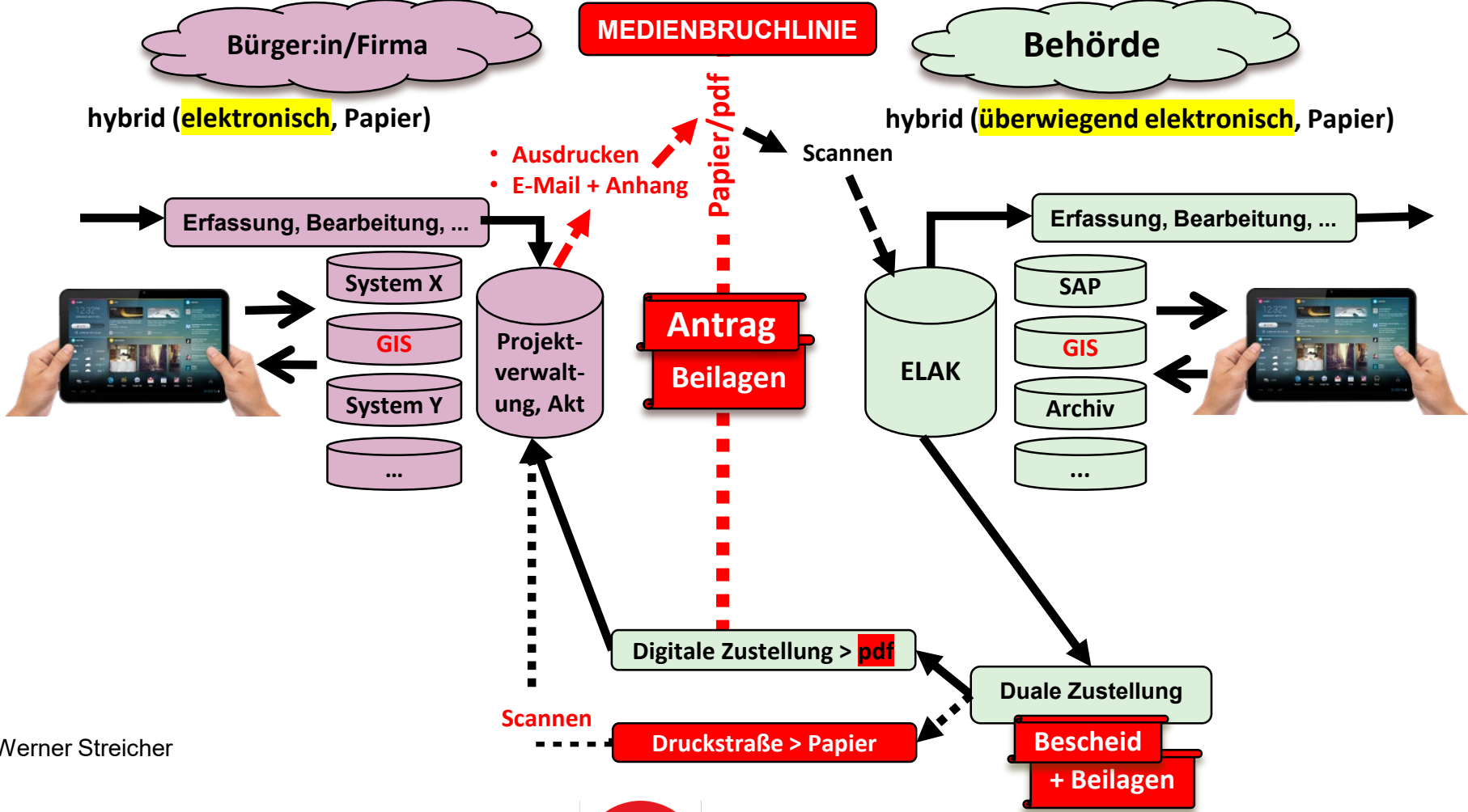


© Hans Werner Streicher

Kontaktaufnahme mit Behörde

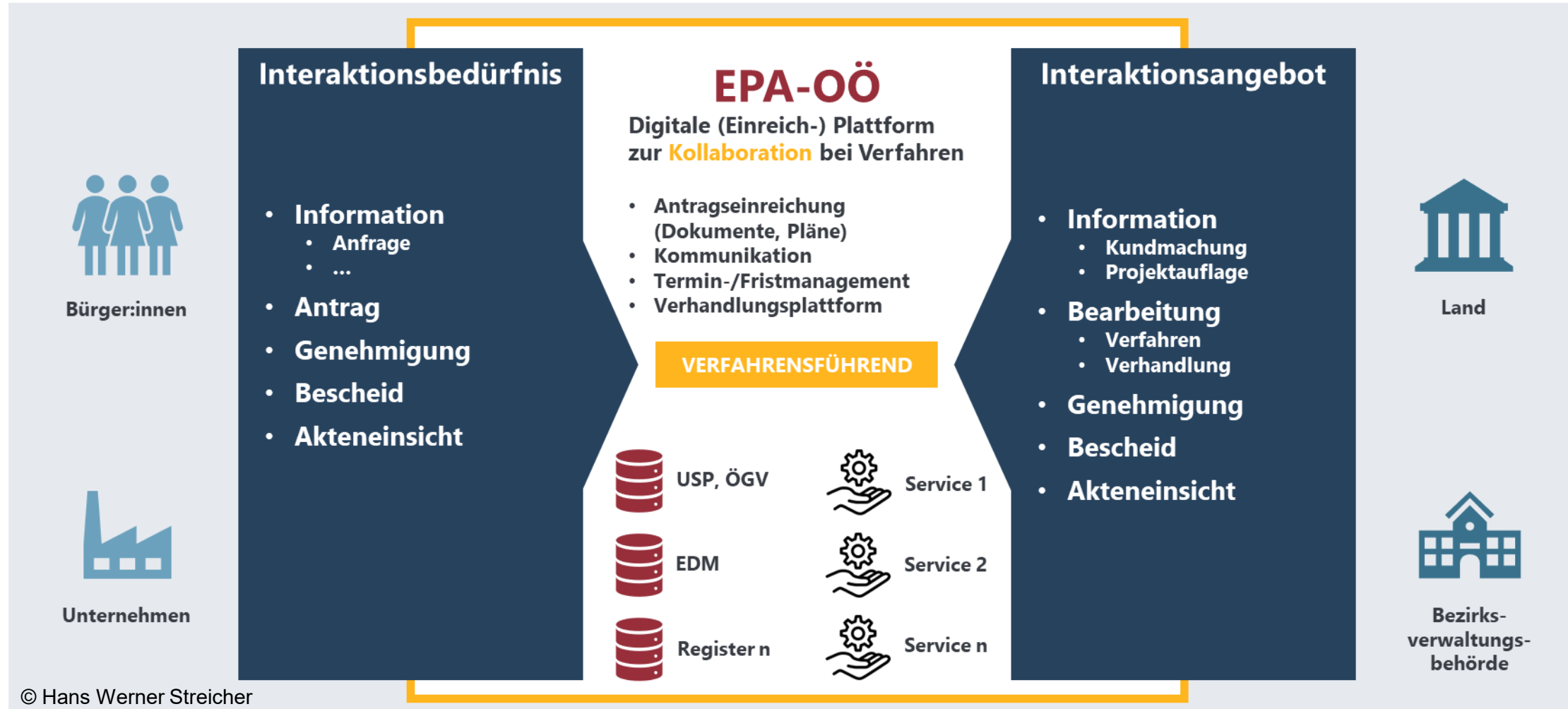


Medienbruchproblematik und Zeitersparnis



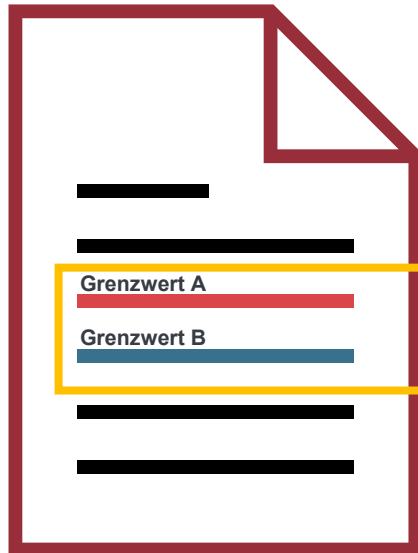
© Hans Werner Streicher

Plattform für AVG-Verfahren



Von Dokumenten zu Daten

Ursprüngliches Antragsdokument



Strukturierung

Neues strukturiertes Antragsformular

B-2 Allgemeine Beschreibung

B2-0001 Beschreibung

B2-0002 Grenzwert A

B2-0003 Grenzwert B

Versionen	
17.07.2022 Person A	<input type="button" value="👁"/>
27.05.2022 Person B	<input type="button" value="👁"/>
17.12.2021 Person A	<input type="button" value="👁"/>

© Hans Werner Streicher

Vorlagepflicht analoger Dokumente als Beilage

- Risiko für Medienbrüche
- Digitalisierungshindernis
- **AVG: Formfreiheit von Anbringen**

zB: § 39 Abfallwirtschaftsgesetz

§ 39. (1) Dem Antrag auf eine Genehmigung gemäß § 37 sind in vierfacher Ausfertigung insbesondere anzuschließen:

1. Angaben über die Eignung des vorgesehenen Standortes;
2. Angaben über Art, Zweck, Umfang und Dauer des Projekts;
3. die grundbücherliche Bezeichnung der von der Behandlungsanlage betroffenen Liegenschaft unter Anführung des Eigentümers und unter Anschluss eines amtlichen Grundbuchsauszugs, der nicht älter als sechs Wochen ist;
4. die Zustimmungserklärung des Liegenschaftseigentümers, auf dessen Liegenschaft die Behandlungsanlage errichtet werden soll, wenn der Antragsteller nicht selbst Eigentümer ist;
5. die Bekanntgabe der Inhaber rechtmäßig geübter Wassernutzungen;
6. eine Betriebsbeschreibung einschließlich der Angaben der zu behandelnden Abfallarten oder Abfallartenpools, der Behandlungsverfahren, der Kapazität und eines Verzeichnisses der Maschinen und sonstiger Betriebseinrichtungen;
- 6a. für Anlagen zur Verbrennung oder Mitverbrennung mit energetischer Verwertung eine Darstellung der Energieeffizienz;
7. eine Baubeschreibung mit den erforderlichen Plänen und Skizzen;
8. eine Beschreibung der beim Betrieb der Behandlungsanlage zu erwartenden Abfälle und eine Beschreibung der Maßnahmen zur Vermeidung, zur Vorbereitung zur Wiederverwendung, zum Recycling, zur sonstigen Verwertung und zur Beseitigung der von der Behandlungsanlage erzeugten Abfälle (Abfallwirtschaftskonzept gemäß § 10 Abs. 3);
9. eine Beschreibung der zu erwartenden Emissionen der Behandlungsanlage und Angaben über die Vermeidung oder, sofern dies nicht möglich ist, die Verringerung der Emissionen;
10. eine Beschreibung der Vorkehrungen zur Einhaltung der Behandlungspflichten gemäß den § 15 Abs. 1 bis 4 und § 16 und gemäß einer Verordnung nach § 23.

Kommunikation im Verfahren



Recht auf elektronischen Verkehr

Dritter Abschnitt des ZustG

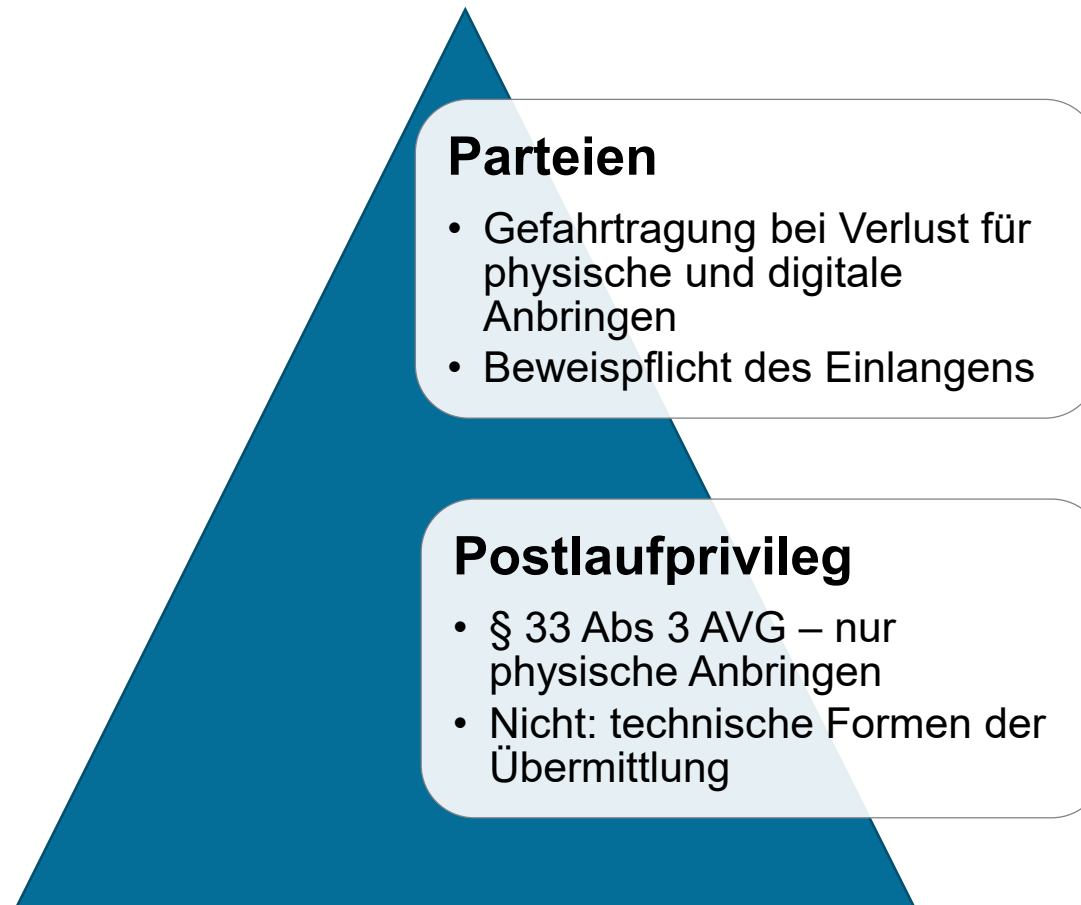
§ 1a E-GovG

Faktische Ungeeignetheit zur elektronischen Zustellung → unüberwindbares Digitalisierungshindernis

Sonstige Beschränkungen: überwindbar

Nur noch eingeschränkte behördliche Wahlfreiheit

Mangelnde Sicherheit bei Nutzung digitaler Kommunikationskanäle



Möglichkeiten de lege lata

Zugelassener Zustelldienst

- § 28 Abs 3 Z 1 ZustG
- „Mein Postkorb“
- Voraussetzung: Registrierung des Adressaten

Vorbild: FinanzOnline

- § 28 Abs 2 ZustG
- Sonderbestimmungen in BAO
- Databox

Kommunikationssystem der Behörde

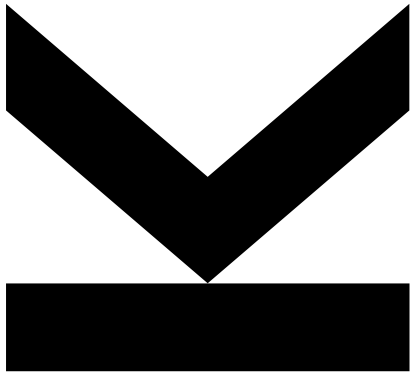
- § 28 Abs 3 Z 2 ZustG
- SV-Postfach
- eAMA, eAMS

EPA: Zustellung von Daten

- **Verwendung von Bescheiden beim Antragsteller:**
 - pdf-Dokument für die (Bescheid-Ablage bzw. Archivierung)
 - Daten aus dem Bescheid für die konkrete Überwachung von Auflagen
- **Zukunft:** Zustellung muss erweitert gesehen werden
 - **Dokumente** (Bescheid, ...) **UND**
 - **Daten** (xml, iCal, ...) zum automatischen Import in eigene Verwaltungsanwendungen



Elektronische Akteneinsicht



Akteneinsicht § 17 AVG

Jede Aktenform (physisch
oder elektronisch)

Elektronische Akteneinsicht
nur, wenn Akt bereits
elektronisch geführt wird

Akteneinsicht in jeder
technisch möglichen Form

Elektronische Akteneinsicht in der Praxis?

Ausnahme von der Akteneinsicht

Gefährdung der Aufgaben der Behörden

Beeinträchtigung Zweck des Verfahrens

Schutz von wirtschaftlichen Interesse aus legaler Tätigkeit

Lösung mittels Plattform



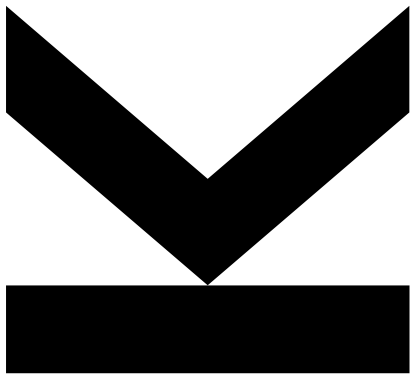
Eingabe der Daten im Antragsformular

Markierung als „Betriebs- und Geschäftsgeheimnis“

Kontrolle durch die Behörde und Bestätigung

Elektronische Akteneinsicht nur bei veröffentlichten Feldern

Herausforderungen der Digitalen Transformation



Dimension Mensch

...es sind überwiegend die Menschen selbst, welche die Kernleistungen in der (öffentlichen) Verwaltung erbringen...

viele (neue) IT-Werkzeuge (Datenbanken, Office-Produkte, ...)

viele (z.T. nicht mehr zeitgemäße...) interne und externe Vorschriften

Fülle von Herausforderungen:

> **neue** Kultur (analog – digital)

> **neue** Formen des Generationen-Clash

> **neue** Berufsbilder, neue Skills

> **neue** Arbeitsplätze

> **neue** Führungsmodelle

> **neue** Arbeitsformen (kollaborative Arbeit)

...



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Fragen gerne an:

anna.schoefer@jku.at oder hans-werner.streicher@ooe.gv.at

**JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ**

Altenberger Straße 69
4040 Linz, Österreich
jku.at